

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Eine wesentliche Frage in der vielgestaltigen Problematik unserer Tage betrifft die Positionen der westlichen Welt in Asien, und hier im besonderen im Fernen Osten. Die Leute, welche eine Räumung von Korea ins Auge fassen, nehmen ohne Zweifel schwere Konsequenzen in Kauf, wenigstens dann, wenn diese Räumung ohne weitere Reaktionen auf anderem Felde beabsichtigt sein sollte. Was diese Reaktionen betrifft, so ist unlängst der Vorschlag gemacht worden, man möge die chinesischen Zentren, und unter ihnen insbesondere auch die Küstenstädte, mit schwersten Waffen bombardieren, gleichzeitig der ehemaligen chinesischen Regierung auf Formosa, also dem Marschall Tschiang Kai-shek, neuerdings in besonders massiver Weise beispringen, ferner chinesische Generäle auf dem Festland, die für eine Gegenrevolution zu haben wären — sie sind zweifellos vorhanden —, mit reichlichen Geldmitteln ausstatten, um so das kommunistische Regiment zu stürzen. Im selben Augenblick wären aber die Truppen der Vereinigten Nationen aus Korea zurückzuziehen, mit dem ersichtlichen Zweck, das amerikanische Potential an Landtruppen zu schonen, da dieses bekanntlich zur Zeit das schwächste amerikanische Glied darstellt und diese Landtruppen besser für anderweitige Verwendung vorbehalten würden. Sicher hat dieser Vorschlag viel für sich, wenn er auch — das sei unbestritten — nicht unbeträchtliche Risiken in sich birgt. Aber schließlich lassen sich Auseinandersetzungen solchen Ausmaßes, bei denen es um nicht weniger als um weltpolitische Positionen geht, ohne Risiken überhaupt nicht durchführen. Was aber gerade diese weltpolitischen Positionen betrifft, so lässt sich jetzt schon feststellen, daß hier schlechthin entscheidende Dinge auf dem Spiele stehen. Denn es dürfte sich wohl kaum jemand ernstlich darüber täuschen, welche Folgen eine schlichte Räumung von Korea haben müßte. Angesichts des offensichtlich enorm gestiegenen Nationalbewußtseins der Chinesen wäre die weitere Entwicklung in einem solchen Falle kaum mehr aufzuhalten: das Schicksal der europäischen Positionen im Fernen Osten müßte besiegelt erscheinen: Hongkong, Indochina und die malayische Halbinsel würden in absehbarer Zeit aufgegeben. Angesichts solcher Konsequenzen wird man sich wohl die Entwicklungen in der koreanischen Frage allerorts reiflich überlegen.

Sicher hat mancher Leser die Schwelle des neuen Jahres mit zwiespältigen Gefühlen überschritten. Tatsache ist, daß sich die kommenden Entwicklungen zur Zeit nicht übersehen lassen. Immerhin bleibt nach wie vor die Erkenntnis bestehen, daß sich die machtmäßige Position des Westens gegenüber dem letzten Sommer bereits in ganz bedeutender Weise verstärkt hat und täglich weiter verstärkt. Der schwierige und auch gefährliche Punkt liegt nach wie vor in dem Problem der europäischen Aufrüstung. Schwierig: angesichts der andauernd äußerst labilen inneren Verhältnisse in Frankreich und Italien kann man sich eine erfolgreiche Aufrüstung

in diesen Ländern tatsächlich nur mit Mühe vorstellen. Gefährlich: wenn es wirklich zu einer Aufrüstung Westdeutschlands kommen sollte, so dürften schwerwiegende Konsequenzen kaum zu vermeiden sein. Im Grunde genommen ruht der gestalt die ganze europäische Aufrüstung in letzter Linie auf Großbritannien, aber auch dort bestehen verschiedene, nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Aus allen Erwägungen, die sich denken lassen, wehrt sich die Labourregierung mit Händen und Füßen gegen einen Abbau des Wohlfahrtsstaates, und sie wird gleichwohl nicht darum herumkommen, weil sich die Aufrüstung auf andere Weise kaum durchführen ließe. Die Staatsmänner des Westens, welche, belastet mit diesen Problemen, deren Komplexität offen zu Tage liegt, die ersten Schritte im neuen Jahre tun, sind wahrlich nicht zu beneiden. Sie werden mit Festigkeit, aber auch mit viel Diplomatie und Schmiegksamkeit operieren müssen, wenn ein Ausweg aus diesem Labyrinth gefunden werden soll. Immerhin darf sie wohl die Gewißheit begleiten, daß auch die Gegenpartei, so weit sie in ihrer Politik, bzw. in ihrer Provokation auch gehen mag, nach wie vor den letzten Schritt zu vermeiden wünscht, weil er keine abwägbaren Chancen, dafür aber Risiken ungeheuren Ausmaßes in sich birgt.

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Die Wendung, welche

die Ereignisse im Fernen Osten

genommen haben, besonders aber die militärischen Schwierigkeiten in Korea, haben in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten eine Krise heraufbeschworen. Das Zusammengehen der beiden großen Parteien auf dem Gebiete der Außenpolitik, das bereits schwer erschüttert wurde in den erbitterten Kämpfen um die Wahlen in den Kongreß, ist heute so gut wie verschwunden. Der Mann, der an erster Stelle die amerikanische Politik aufbaut — Staatssekretär Dean Acheson —, ist die Zielscheibe heftiger Angriffe von Seiten der Republikaner. Im ganzen genommen ist die Uneinigkeit über den zu steuernden Kurs größer als zu irgendeiner Periode seit 1940—1941, als ein breiter Abgrund zwischen den Parteien gähnte, der sich erst schloß, als die Japaner in Pearl Harbour losschlugen.

Der Mißerfolg der Anstrengungen der Vereinten Nationen in Korea, bei dem die Vereinigten Staaten so viele Opfer an Menschen und materiellen Gütern auf sich nehmen mußten, hat in Amerika ein Wiederaufleben des isolationistischen Denkens zur Folge gehabt. Vielleicht wäre es richtiger zu sagen, daß der Isolationismus, der sich lange Zeit still verhalten mußte, sein Haupt wieder erhebt.

Man findet deshalb in Amerika heute

verschiedene Meinungsgruppen,

welche die folgende, sich teilweise direkt widersprechende Politik vertreten:

1. Umfassende Fortführung des Krieges in Asien, einschließlich Luftangriffe gegen China (wenn nötig unter Verwendung der Atombombe), und kräftige Unterstützung Tschiang Kai-Sheks.

2. Rückzug aus dem Fernen Osten, selbst wenn dabei eine Vereinbarung ähnlich derjenigen in München in Kauf genommen werden müßte, und Konzentration auf die Verteidigung Westeuropas.

3. Das Hauptaugenmerk soll auf die Aufrüstung der amerikanischen und westeuropäischen Streitkräfte gerichtet werden, wobei die ersten zum größten Teil in den Vereinigten Staaten stationiert bleiben sollen; weder in Europa noch in Asien sollen amerikanische Truppen in Verbänden eingesetzt werden, die sich aus Einheiten verschiedener Nationen zusammensetzen.

Die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz

deuten an, daß die Regierung Truman weiterhin das Hauptgewicht auf die Verteidigung Europas legen will, ohne daß dabei Asien abgeschrieben werden soll. Bis jetzt hat der Präsident allerdings nur General Eisenhower nach Europa entsandt, abgesehen von den amerikanischen Streitkräften, die schon jetzt dort stationiert sind; er hat aber die Entsendung zusätzlicher amerikanischer Divisionen versprochen. Es scheint ferner, daß die Atlantikpaktmächte endlich zu einer Übereinstimmung gelangt sind über den deutschen Beitrag zur vereinheitlichten europäischen Armee. Sind aber die Deutschen selbst willens, daran teilzunehmen? Es scheinen in dieser Hinsicht einige Zweifel zu bestehen. Im günstigsten Falle steht uns ein zähes Marken und Feilschen mit der Bonner Regierung bevor. Und seltsamerweise sind einige der Fragen, welche die Deutschen selbst über die Ratsamkeit ihrer Wiederaufrüstung in diesem Augenblick gestellt haben, auch in Washington aufgetaucht. Diese zum Beispiel: meinen es die Russen ernst, wenn sie sagen, daß sie unter keinen Umständen eine westdeutsche Wiederaufrüstung dulden würden? Wird die Mobilisation deutscher Brigaden oder Kampfverbände in Regimentsstärke die europäische Krise in eine Katastrophe verwandeln?

Es ist ganz klar, daß mehr als ein Jahr verstreichen wird, ehe eine alliierte Streitmacht aufgebaut sein kann, die imstande ist, irgendwo auf dem Kontinent eine Linie zu halten. Man hört deshalb häufig das Argument, daß eine Verstärkung der amerikanischen Streitkräfte in Europa nur dazu beitrage, die Spannung zu verschärfen, ohne wesentlich mitzuhelpfen, ein mögliches europäisches Korea zu verhindern. Wäre es nicht klüger, abzuwarten, bis Großbritannien, Frankreich, die Beneluxstaaten, Italien etc. sich selber auf eine gewisse Stärke gebracht haben und erst dann amerikanische Truppen hinüberzuschicken, die dann als Ergänzung wirksam eingreifen könnten?

Wenn Präsident Truman Zweifel dieser Art aufgestiegen sind, dann hat er sie jedenfalls für sich behalten. Und in der Öffentlichkeit wenigstens betonen die höchsten militärischen Führer der Vereinigten Staaten auch weiterhin die Notwendigkeit, so bald wie möglich Verstärkungen nach Europa zu schicken. General Eisenhower wird wahrscheinlich den Druck in dieser Richtung noch erhöhen.

Angesichts der Tatsache, daß die öffentliche Meinung dermaßen geteilt und verwirrt ist, daß ferner im Januar ein weniger freundlich gesinnter Kongress zusammentritt, daß der Staatssekretär wahrscheinlich auch in Zukunft ein vielgeschmähter Sündenbock in der Politik sein wird, wird es dem Präsidenten nicht leicht fallen,

eine sinnvoll zusammenhängende Politik als Programm

aufzustellen, viel weniger noch, sie in der Wirklichkeit wirkungsvoll zu gestalten. Überdies muß die militärische Lage in Korea zuerst einer Lösung zugeführt werden, bevor an anderen Fronten große Fortschritte erzielt werden können. Die Hauptmasse der amerikanischen Streitkräfte muß aus einer strategisch unmöglichen Lage

gelöst werden. Dazu kommt ferner, daß die Administration fortwährend bedrängt werden wird durch die zahlenmäßig geringe, aber um so lauter sich gebärdende Gruppe jener Leute, die für die aktive Hilfe der Vereinigten Staaten bei der Verteidigung Formosas und uneingeschränkte Unterstützung Tschiangs eintreten.

Vieleicht wird es dem Präsidenten trotzdem gelingen, mit dem neuen und bedeutend widerspenstigeren Kongreß zusammenzuarbeiten. Er wird in erster Linie Frieden schließen müssen mit den Elementen der Südstaaten in seiner eigenen demokratischen Partei. Das bedeutet allerdings Aufgabe der Hoffnung auf Durchführung vieler Punkte seines innenpolitischen Programms, besonders der zivilrechtlichen Maßnahmen, die in der Vergangenheit zu so viel Gegnerschaft der Südstaaten Anlaß gegeben haben. Zudem kann sich der Präsident wahrscheinlich auf die kleine, aufgeklärte Gruppe innerhalb der republikanischen Partei verlassen, die im allgemeinen seine Außenpolitik unterstützt und bestimmt nicht dem Isolationismus huldigt. Diese Gruppen, zusammen mit den verbleibenden liberalen Demokraten im Kongreß, können die notwendige Stimmenzahl aufbringen. Aber der Präsident wird eine äußerst geschickte Hand haben müssen, wenn das Gespann gut ziehen soll.

Welches sind wohl die Schritte, die in den kommenden Monaten getan werden müssen? Ihr Korrespondent kann die folgenden, wohl begründeten Vermutungen äußern:

1. Die militärische Hilfe für Griechenland und die Türkei wird erweitert und beschleunigt werden. In Washington ist man überzeugt, daß diese beiden Nationen den festen Willen haben, Widerstand zu leisten und daß man im Notfalle auf sie zählen kann. Hauptsächlich die Türken haben sich in Korea glänzend geschlagen.

2. Die Aufmerksamkeit wird erneut mit allem Nachdruck auf den Nahen Osten gelenkt. Militärische Hilfe und, wenn möglich, neue Militärmisionen werden zu diesem Zwecke bereitgestellt werden. Trotz dem Vorrang, den Westeuropa einnimmt, sind sich die Vereinigten Staaten stets der Tatsache bewußt, daß ihre militärischen Trumpfkarten ihre Luft- und Seemacht sind, und das Gebiet des Mittelmeeres eignet sich in hervorragendem Maße dazu, beide zu größter Wirkung zu bringen, wenn es nötig werden sollte.

3. Fortgesetzte Waffenhilfe an die Franzosen in Indochina. Truppentransporte kommen hingegen nicht in Frage. Nach dem, was in Korea geschehen ist, ist es sehr zweifelhaft, ob überhaupt weitere amerikanische Truppen in absehbarer Zeit irgendwo auf dem asiatischen Kontinent eingesetzt werden. Dagegen scheint beschränkte See- und Lufthilfe nicht unwahrscheinlich, wenn es nicht zu einer befriedigenden Lösung des Koreakonfliktes mit Peiping kommen sollte.

4. Die Wiederbewaffnung Japans scheint unvermeidbar. Die Bemühungen, eine Lösung des japanischen Problems zu finden, werden intensiviert werden. Wenn kein Vertrag zustande kommt, dann doch wenigstens ein Abkommen, das dem Kriegszustand ein Ende setzt. Darauf wird Japan aufgefordert werden, seine Industrie nutzbar zu machen und seine Menschenreserven bereitzustellen, um in der Lage zu sein, sich selbst zu verteidigen. Wahrscheinlich wird dagegen Japan keine Luftwaffe und nur eine kleine Seemacht zugestanden werden.

Bis zum Zeitpunkt, da diese Zeilen im Druck erscheinen, ist vielleicht schon eine gewisse «Gleichheit» oder «Gleichberechtigung» der Westdeutschen Republik verkündet worden. Auf jeden Fall setzen sich die Washingtoner Regierungskreise dafür ein, eine Formel zu finden, die dieses Ziel zu erreichen ermöglicht. Angenommen, die französischen Einwände könnten zum Verstummen gebracht werden, dürfte dann diese Formel allgemeine Gültigkeit erlangen. Das könnte schließlich die Deutschen veranlassen (vielleicht auch nicht), Truppen auszuheben und aktiv mitzumachen.

Schließlich wird in den Vereinigten Staaten ein zunehmender Druck spürbar (welchen Erfolg er haben wird, ist heute noch schwer zu sagen),

Franco-Spanien

vermehrte Hilfe zu gewähren und die spanische Armee aufzubauen. Der Wert der iberischen Halbinsel ist in militärischen Kreisen Washingtons nie unterschätzt worden. Auch Tito wird wahrscheinlich zusätzliche Hilfe nötig haben und erhalten. Seine dreißig Divisionen sind ein beredtes Zeugnis für die Richtigkeit der Auffassung, man müsse etwas unternehmen, um ihn tätig zu erhalten — und zwar tätig gegen die Sowjets.

Die ganze Reihe der aufgezählten Punkte, oder auch nur ein Teil davon, bilden ein ungeheures Programm. Die Vereinigten Staaten sind bereits ein gutes Stück vorgerückt auf dem Wege zur industriellen Generalmobilmachung. Bis Mitte 1951 werden ihre Wehrmachtabteilungen zusammen mehr als drei Millionen Mann umfassen. Für die großen Aufgaben werden große militärische Führer benötigt, und es gibt in den Vereinigten Staaten viele Leute, die immer wieder auf den scheinbaren Mangel an solchen Führern hinweisen. Sie klagen über die Räte, die schwach und unter sich uneinig seien. Sie sind beunruhigt, weil die Gesamtheit der amerikanischen Bürger verwirrt und unsicher, niedergeschlagen und ohne die Fähigkeit zur Hingabe ist.

Aber gerade die Härte der Zeiten und die Last der gewaltigen Aufgaben, denen die freien Völker gegenüberstehen, mögen dazu beitragen, sie zu einigen und zu stärken. Es wäre ein schlimmer Fehler, die im amerikanischen Volke schlummernden Kräfte zu unterschätzen, oder die Möglichkeiten der westlichen Welt gering zu achten. Die politische Verwirrung und die Gegensätzlichkeit der Meinungen, die heute das amerikanische Leben charakterisieren, können mit einem Schlag verwandelt werden zu einer gewaltigen, einheitlichen, entschlossenen und von Begeisterung getragenen Anstrengung, die nirgends ihresgleichen findet. Wer das bezweifelt, hat aus der Geschichte nichts gelernt.

Richard J. Davis

Brief aus Prag

Mehr als ein halbes Jahr ist seit meiner letzten Reise in die Tschechoslowakei vergangen. Als ich diesmal nach einer mehrstündigen, aber beschaulichen Fahrt durch das Wittingauer Seeplateau über die einzige von den Husiten gegründete Stadt Tabor in die Hauptstadt der Republik kam, erlebte ich schon auf dem Bahnhof eine erste Überraschung. Ich hatte nämlich zwei Besuche zu absolvieren und mußte zunächst in die Avenue Eisenhower. Als ich den diensthabenden Schutzmänn um Auskunft fragte, meinte er, diese Straße gebe es nicht mehr. Sie heiße jetzt «Straße der tschechoslowakischen Armee», fügte er schließlich hinzu. Schon wenige Tage darauf mußte ich feststellen, daß man noch eine ganze Reihe anderer Straßennamen kürzlich geändert hatte, denn auch die Montgomery-Straße existierte nicht mehr. Sie alle waren der von oben befohlenen Eliminierung der westlichen Einflüsse zum Opfer gefallen und es spielte dabei keine Rolle, daß man es eigentlich General Eisenhower zu verdanken hatte, wenn heute die Skodawerke in Pilsen völlig intakt sind und auf Hochtouren laufen. Der Bruch, den die Prager Regierung mit dem Westen — nicht ganz freiwillig — vollzogen hat, scheint endgültig, und nicht einmal die starken Sympathien des tschechischen Volkes für die westliche Welt werden daran etwas ändern können.

Schlimmer als diese Äußerlichkeiten, die niemandem wehe tun, sind aber die Veränderungen, die täglich über die Menschen hereinbrechen und diese vor immer neue Überraschungen stellen. Seitdem im Mai der neue Sicherheitsminister Kopriva seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist wirklich ganze Arbeit geleistet worden. In einer Reihe von Prozessen hat man zunächst die nicht geflüchtete ehemalige Führergarnitur der Volkssozialisten, der Sozialdemokraten und der Volkspartei durch die Tribunale der Republik zu Tod oder langen Kerkerstrafen verurteilen lassen, hat dann mit den kommunistischen Renegaten vom Typ des slowakischen Partisanenmajors William Zingor auf dieselbe Weise abgerechnet und schließlich auch die kirchliche Opposition in einem Schauprozeß zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Auch dieser letzte Prozeß gegen acht hohe katholische Würdenträger war noch nicht der letzte. Man hat mit ihm nur auf den nächsten, der zweifellos den Prager Erzbischof Dr. Beran vor die Richter bringen wird, vorbereitet, denn dieser Kirchenfürst ist zu lange Jahre im deutschen KZ gesessen und besitzt hohe staatliche Auszeichnungen. Weil man Msgr. Beran also weder der Kollaboration noch faschistischer Sympathien bezichtigen kann, muß man behutsam vorgehen und erst eine gewisse Atmosphäre schaffen, was jetzt auch schon geschehen ist. Sarkastisch erklären die Tschechen, sie hätten wohl über das fehlende Brot, nicht aber über die «Circenses» zu klagen, die in einer ununterbrochenen Reihenfolge die Öffentlichkeit beschäftigen. Tatsächlich fanden allein im Monat Juli in den beiden historischen Ländern Böhmen und Mähren vier große Prozesse gegen «Hochverräter und Saboteure» statt, bei denen insgesamt 89 Personen angeklagt und zumeist auch verurteilt wurden.

Die Säuberung in der Partei und Armee dauert an

Aber auch in der Kommunistischen Partei selbst steht nicht alles zum besten. Am schlimmsten in jeder Beziehung ist die Lage wohl in der Slowakei, wo die Sabotage der Bevölkerung der Parteiführung größte Sorgen bereitet und diese dadurch in Prag und Moskau zahlreichen Rügen aussetzt. Schon im Frühjahr mußte Außenminister Dr. Clementis, ein Slowake, sein Amt verlassen und sich auf dem letzten Parteikongreß öffentlich als «bürgerlicher Nationalist» tadeln lassen. Mit ihm schieden auch zwei andere wichtige Funktionäre aus der Reihe der Prominenten: der Chef der slowakischen Landesregierung, Dr. Husák, und der Landesrat für Unterricht, Laco Novomesky, der als gemäßigter Kommunist galt. Kurz darauf wurde auch der Präsident des slowakischen Nationalrates, Karol Schmidke, von seinem Posten entfernt. Damit ist aber noch nichts besser geworden, und in den letzten Wochen hat die Säuberung der Partei auch schon auf Mähren übergegriffen, wo es kürzlich zur Enthebung und Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Ota Schling und zur Absetzung des Brünner Kreisvorsitzenden, Karel Svitavsky, kam.

Daß diese Säuberungen auch vor der Armee nicht Halt machen, weiß man schon seit der Ersetzung des Verteidigungsministers General Svoboda durch den Schwiegersohn Gottwalds, Dr. Cepicka. Mit Svoboda, der während des Krieges Führer der tschechoslowakischen Einheiten in der Roten Armee war, ist aber auch sein Generalstabschef, General Drgac, enthoben und durch den früheren sowjetischen Kapitän Jaroslav Prochazka ersetzt worden. Der neue Generalstabschef begann seine Arbeit mit der Säuberung des höheren Offizierskorps, dem er vorwarf, gegenüber der sowjetischen Militärwissenschaft «nicht nur Unkenntnis und Unfähigkeit, sondern sogar Ekel und Abneigung zu zeigen». Er sowie der vom Major zum Generalleutnant avancierte Milan Rejčin sollen nun dafür Sorge tragen, daß aus der tschechoslowakischen Armee ein verlässliches Instrument der Sowjets gemacht wird.

All' diese Prozesse, Säuberungen und sonstigen Umstellungen zeugen von der panischen Furcht des kommunistischen Regimes, ein Sieg des Westens in irgend-

einem Teil der Welt könne auch in der CSR eine antikommunistische Aktion in den Bereich des Möglichen rücken. Seit der amerikanischen Landung bei Inchon und dem Zusammenbruch der nordkoreanischen Front begann sich nämlich die unterirdische Opposition wieder zu rühren. Und Präsident Gottwald hat dies zweifellos um so mehr getroffen, als ja in diesem Sommer das aufsehenerregende tschechisch-sudetendeutsche Abkommen in London publiziert wurde, das zum ersten Mal einen konstruktiven Weg zur Lösung der Sudetenfrage aufzeigt. Obwohl niemand der Meinung ist, dieses Gentlemen Agreement könne in nächster Zeit realisiert werden, so steht doch anderseits der Wert dieser Vereinbarung für die Neuordnung Europas außer Zweifel. Und dies um so mehr, je stärker Deutschland in das System der europäischen Verteidigung einbezogen wird. Selbst die chauvinistische Emigration im Westen beginnt dies schon einzusehen und versucht sich einzuschalten; aber noch hat sich in diesem Lager die Scheidung der Geister nicht vollzogen und man muß daher abwarten, wann und in welchem Ausmaß die Idee der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit auch innerhalb der tschechischen Emigration endgültig die Führung gewinnen wird.

Werfen wir noch einen Blick auf

die wirtschaftliche Situation des Landes,

das mit vollem Tempo die fixierten Zahlen des Fünfjahresplanes erreichen will. Zunächst wird sich der Westeuropäer wundern, daß es in der Tschechoslowakei immer noch Lebensmittelkarten gibt, obwohl bereits 1947 viele Waren frei erhältlich waren. Jetzt erst wieder hat man — um die Stimmung der Bevölkerung zu heben — Fische, Geflügel, Zuckerwaren, Obst, Kompotte usw. freigegeben, aber zu hohen Preisen und sicher nur für die Weihnachtstage. Andere Lebensmittel dagegen, wie z. B. Topfen, werden nicht einmal auf Karten — außer an Kranke und nur gegen ärztliches Attest — ausgegeben. Man versteht dies erst, wenn man weiß, daß gerade Fett in der CSR sehr knapp ist. Überhaupt hat die Ablieferung der Bauern auch dieses Jahr wieder sehr zu wünschen übrig gelassen. Die kommunistischen Zeitungen berichten darüber sehr häufig, indem sie z. B. einen Fall anführen, wo Bauern inmitten eines Zuckerrübenfeldes Futterrüben anbauten. In einer anderen Gemeinde wieder weigerten sie sich, den Kunstdünger der Genossenschaft abzunehmen. Besonders die Slowakei scheint sich hinsichtlich der Sabotage der staatlichen Pläne auszuzeichnen. Das sieht man schon allein an den vom kommunistischen Zentralorgan veröffentlichten Zahlen über die Kartoffelablieferung, die in den historischen Ländern voll erfüllt wurde, in den sechs slowakischen Kreisen aber nur Zweidrittel der vorgesehenen Menge einbrachte.

Nicht viel besser steht es in der *Industrie*, wo man gegenwärtig damit beschäftigt ist, die Maschinen auch nicht eine Minute ruhen zu lassen. Der Kampf um die dritte Arbeitsschicht, der zu zahlreichen Überstellungen von Männern in Industrie und Bergbau und deren Ersatz durch Frauen geführt hat, brachte sofort eine Überbelastung der Krankenkassen, die ihre Leistungen stark einschränkten. Trotz aller Anstrengungen aber schloß das dritte Quartal dieses Jahres gerade in den wichtigsten Sektoren — der Schwerindustrie, der Fahrzeugindustrie und des Bergbaus — mit einem Nickerreichen der Planziffern. Vor allem die Kohlenförderung, auf deren Hebung man so viel Wert legt, ist seit September weiter abgesunken. All' diese unbefriedigenden Leistungen sind natürlich ein deutliches Zeichen für die starke Opposition im Lande, und die Regierung gerät besonders durch die Flüsterpropaganda in immer neue Schwierigkeiten. Erst im Vormonat führte das Gerücht von einer bevorstehenden Währungsabwertung zu einer richtigen Käuferpanik und zum völligen Ausverkauf zahlreicher Geschäfte.

Nicht uninteressant ist auch ein Blick auf das

Kulturleben von heute.

Stolz berichtet man in den Zeitungen, die durchschnittliche Auflage der Bücher sei von fast 3000 Exemplaren vor dem Kriege nunmehr auf über 13 000 gestiegen. Das kann man sich leicht erklären, wenn man in die Auslagen der Buchläden sieht, die früher so reichhaltig waren, jetzt aber nur die ausgewählte, staatlich dirigierte Literatur zeigen. In einem jeden Schaufenster findet man heute z. B. die «Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion», die in einer Auflage von über 406 000 Exemplaren hergestellt wurde und den Arbeitern unter Abzug des Buchpreises von ihrem Lohn ohne viel Fragen eingehändigt wird. Auch die übrigen «Spitzenbücher» sind durchwegs als kommunistisch zu bezeichnen — ob es nun die Biographie Stalins, das Kommunistische Manifest oder die Bücher Gottwalds und Zapotockys sind. Überall dominieren natürlich die sowjetischen Autoren. Unter den im vorigen Monat erschienenen 13 Büchern eines großen Verlages waren allein neun Übersetzungen aus dem Russischen — und diese Praxis erstreckt sich sogar bis auf den staatlichen Verlag «Kinderbuch», dessen Produktion zu einem vollen Viertel sowjetische Bücher berücksichtigt. Auch Theater und Kinos stehen ganz im Rhythmus der sowjetischen Kulturinvasion. Da die russischen Filme den Besseres gewöhnten Tschechen vielfach zu primitiv sind, werden eigene Wettbewerbe veranstaltet, um deren Besucheranzahl zu heben. Von dieser allgemeinen Einstellung profitiert übrigens die nicht sehr zahlreiche ukrainische Minderheit in der Ostslowakei, für die jeden Tag eigene Rundfunksendungen stattfinden — eine Bevorzugung, deren sich die viel größeren Gruppen der anderen nationalen Minderheiten, nämlich die Ungarn, Deutschen und Polen nicht erfreuen können. Man muß aber anerkennen, daß wenigstens die Ungarn und Polen heute schon eigene Blätter, niedere Schulen und — kommunistisch ausgerichtete — Organisationen haben, während die rund 200 000 Deutschen schon damit zufrieden sind, jetzt nicht mehr wegen ihrer Nationalität diskriminiert zu werden. Diese Menschen werden aber nur als Arbeitskräfte, nicht aber als Nationalität mit gleichen Bürgerrechten zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Minoritätenrechte hat man sich also an Stalins Thesen, die in seinem schon vor dem Weltkrieg verfaßten Buch «Über die nationale Frage» aufgestellt wurden, noch kein Beispiel genommen.

Brief aus Westdeutschland

Wenn der Ostblock sich unter anderem vorgenommen hatte, mit dem Druck auf den Knopf «Fernost» in Westdeutschland Verwirrung anzustiften, so ist ihm dies nicht so sehr in wirtschaftlicher Hinsicht als in bezug auf das Sicherheitsproblem gelungen. Während man in der sowjetischen «Deutschen Demokratischen Republik» über der gut organisierten Truppe von mehreren Hunderttausend Mann noch gehorsamst das Aushängeschild «Volkspolizei» hängen läßt, hat man sich in Westdeutschland dank des weniger auf Gehorsam aufgebauten Staatsgefüges dazu hinreißen lassen, bereits vor dem Bestehen auch nur einer kleinen Polizeitruppe des Bundes sehr heftig über Remilitarisierung, Verteidigungstruppen etc. zu diskutieren. Nicht zuletzt resultierte die allgemeine Verwirrung aus der anfangs ziemlich unklaren Haltung Dr. Adenauers in dieser Frage gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und aus der vorschnellen Reaktion der deutschen Sozialdemokraten auf den

Verteidigungskomplex. Wie bei früheren außenpolitischen Auseinandersetzungen ergab sich letzten Endes, daß Dr. Adenauer und sein Antipode Dr. Schumacher im Prinzip den gleichen Standpunkt vertraten, wenn auch bei der beiderseitigen Forderung nach Gleichberechtigung der Bundesrepublik im Falle eines deutschen Verteidigungsbeitrages der Oppositionsführer Dr. Schumacher den Begriff der Gleichberechtigung sehr utopisch interpretieren konnte, während Dr. Adenauer, bedingt durch die ständige Veränderung der außenpolitischen Konstellation, sich in der Auslegung dieses Begriffes einige Hintertüren offen halten mußte. Die Hintertüren führen hier zur Hochkommission auf dem Petersberg oder gar indirekt nach Washington. So ist trotz der Versicherung des amerikanischen Hochkommissars Mr. Mc. Cloy, man werde die Bundesrepublik nicht zu einem Verteidigungsbeitrag zwingen, schließlich doch eines Tages mit einem Kompromiß Dr. Adenauers mit den Westmächten zu rechnen. Das würde vermutlich, wie es in Brüssel der holländische Außenminister empfahl, die Aufstellung einzelner Truppenkontingente in Gesamthöhe von 150 000 Mann bedeuten, welche in ganz Westeuropa (mit Ausschluß Westdeutschlands) stationiert werden. Daß jedoch diese Lösung vielleicht nur sehr temporären Charakter haben wird, darf man bei der augenblicklichen politischen Dynamik fast annehmen, gleichviel, ob man die Wiederbewaffnung von Deutschen begrüßt oder ablehnt. Es wird sich auch hier erweisen, daß in dieser Richtung die Schirmacher nicht in Bonn, Washington oder im Verteidigungsrat der Atlantikpaktmächte, sondern in Moskau und Peking beheimatet sind.

Der deutsche Staatsbürger, der sich in seiner großen Mehrheit äußerlich wie immerlich recht gründlich «entmilitarisiert» hatte, sieht einer Wiedererlangung der Gleichberechtigung mit Hypotheken dieser Art mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Den Beweis hierfür lieferten die Landtagsswahlen dreier westdeutscher Länder: Hessen, Nord-Württemberg-Baden und Bayern. In allen drei Ländern erzielten die Sozialdemokraten einen erheblichen Stimmenzuwachs. In Hessen errangen sie damit die absolute Mehrheit im Parlament, in Nord-Württemberg-Baden können sie den Posten des Ministerpräsidenten beanspruchen, den bisher ein Liberaler innehatte. Und in Bayern errangen sie erstmalig in der Geschichte einen Stimmenvorsprung vor der größten bürgerlichen Partei, der Christlichsozialen Union. Wenn dies jedoch mit der Abspaltung der Bayernpartei von der CSU zu verdanken ist, so bedeutet es doch entweder eine erhebliche Stärkung der Opposition oder die Mitarbeit der SPD in der Regierung. Diese Erfolge der SPD beruhen gewiß zum Teil auf der Vergrößerung der sozialen Gegensätze in Westdeutschland seit der Währungsreform, zweifellos aber spielte die eindeutige Ablehnung der Wiederbewaffnung während des Wahlkampfes der SPD eine entscheidende Rolle für ihren Wahlerfolg. Man kann die Zugkraft der antimilitärischen Parole der SPD in Westdeutschland vielleicht am besten daran erkennen, daß die Westberliner, für die die Sicherheitsfrage ja ein gänzlich anderes Gesicht hat, kurz nach den westdeutschen Landtagswahlen bei ihren Wahlen zum Stadtparlament der SPD einen großen Teil ihrer früheren Stimmen entzogen haben. Dabei ist die soziale Not der Berliner gewiß nicht geringer als die der westdeutschen Bevölkerung. Es hat sich also gezeigt, daß der Sicherheitskomplex, der eine reine Bundesangelegenheit ist, in einigen westdeutschen Ländern eine Kette von innen- und wirtschaftspolitischen Verschiebungen zur Folge haben wird, die keineswegs alle den Wünschen der Wählerschaft entsprechen werden, und es erhebt sich die Frage, ob im Grundgesetz der Bundesrepublik nicht im Falle einer so außergewöhnlichen Frage wie der Wiederbewaffnung die Möglichkeit einer Volksbefragung verankert werden sollte.

Klaus Colberg

Brief aus der Ostzone

Ein Bericht aus der deutschen Ostzone im heutigen Zeitpunkt nimmt naturgemäß die Form einer Bilanz fünfjähriger Sowjetisierung an. Daß die russische Besatzungsmacht seit 1945 planmäßig an dieser Aufgabe gearbeitet hat — unbekümmert um alle Viermächteabkommen —, kann schon längst nicht mehr bezweifelt werden. Das weithin sichtbare Symbol für diese Absicht waren Sichel und Hammer, die seit je über den Resten der Quadriga des Brandenburger Tores wehen. Diese Sowjetisierung erstreckt sich auf alle Bereiche menschlichen Lebens und Schaffens: von der Umformung des inneren Menschen bis zur Umgestaltung der wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse.

Politisch

steht die Volksdemokratie mit all' ihrem Zubehör fertig da. Wie weit der politische Terror gediehen ist, bewies das Ergebnis der letzten Wahlen vom vergangenen Oktober. Obschon füglich angenommen werden kann, daß der überwiegende Teil der Ostzonenbevölkerung dem sowjetischen System gänzlich ablehnend gegenübersteht, wagte doch kaum jemand, dieser politischen und weltanschaulichen Ansicht Ausdruck zu verleihen. Die SED beherrscht mit ihren Zweigorganisationen (Freier deutscher Gewerkschaftsbund, Demokratischer Frauenbund, Freie deutsche Jugend etc.) das politische und gesellschaftliche Leben vollkommen. Die andern offiziell zugelassenen Parteien sind — soweit sie nicht überhaupt Ableger der Kommunisten sind wie die national-demokratische Partei — längst zu Marionetten geworden: CDU und LDP sind ihres autonomen politischen Willens längst beraubt, und ihre höchsten Führer gebärden sich womöglich noch bolschewistischer als der Bolschewik. Die breiten Wählermassen dieser zahlenmäßig immer noch starken Parteien haben daher keine Möglichkeit mehr, ihren politischen Willen auch wirklich durchzusetzen. Trotz dieser völligen Gleichschaltung nehmen die Parteisäuberungen kein Ende, und hier macht auch die allgewaltige SED keine Ausnahme. Im Gegenteil: seitdem am letzten Parteikongreß die Schaffung der «Partei des neuen Typus» verkündet wurde, befindet sich die SED in einem ständigen Säuberungsprozeß. Alle Mitglieder werden einer strengen Kontrolle unterzogen; wer seine proletarische Herkunft bzw. Gesinnung nicht einwandfrei beweisen kann, dem wird das Parteimitgliedbuch unbarmherzig entzogen. Gerechte Strafe für so manchen großbürgerlichen und großbäuerlichen Mitläufer und Rückversicherer! Daß das Politbüro der SED in einem Verhältnis unbedingten Gehorsams der Moskauer Zentrale unterstellt ist, sei hier nur als längst feststehende Selbstverständlichkeit erwähnt.

Eine nicht für möglich gehaltene Steigerung des politischen Terrors bedeutet das vor kurzer Zeit von der ostzialen Volkskammer verabschiedete sogenannte «Friedenschutzgesetz». Dieses Gesetz droht allen Deutschen, auch außerhalb der Sowjetzone, schwerste Strafen für «Verstöße gegen den Frieden» an. Dieses «Gesetz» soll dem ostzialen Staatssicherheitsdienst (SDD) die «rechtliche» Grundlage dafür geben, jeden mißbeliebigen, d. h. westlich eingestellten Deutschen festzunehmen, zu verschleppen und einzukerkern oder gar zu liquidieren. Dieses neue «Gesetz» beweist klar und deutlich, daß die Sowjets vorhaben, jeglichen Kontakt zwischen West- und Ostdeutschland zu unterbinden, d. h. die Ostzone vollkommen zu isolieren. Denn welcher Westdeutsche könnte es noch wagen, nach Ostdeutschland zu reisen? Ist er doch schon der «angloamerikanischen Kriegshetze» verdächtig dadurch, daß er im Westen wohnt und arbeitet?! Die praktischen Folgen dieses unerhörten Rechtsmißbrauches sind in der Tat unabsehbar.

Anderseits ist Westdeutschland mit einem dichten Netz sowjetischer Spione und Agenten überzogen. Je mehr die westdeutsche KP im offenen politischen Leben zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt, desto stärker verlegen die Kommunisten ihre Wühlarbeit in den illegalen, getarnten Raum. Täglich können solche Spione und Agenten als Flüchtlinge getarnt über die grüne Grenze geschoben werden. Das Einschleichen in die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zentren in Westdeutschland ist für die Kommunisten geradezu ein Kinderspiel gegenüber etwa dem Einsickern in die Atomforschungszentren Amerikas und Englands. Organisiert und geleitet wird diese ganze Unterminierung der Westdeutschen Bundesrepublik durch die «Abteilung West» im ostdeutschen SSD. Daß von hier aus der Bundesrepublik viel größere Gefahren drohen als von der offiziell zugelassenen KP, kann nicht mehr übersehen werden.

Geradezu erschreckend sind die «Fortschritte» der Sowjetisierung auch

im sozialen Leben.

Das Ziel ist hier kein geringeres als die Schaffung des Sowjetmenschen und der proletarischen Gesellschaft. Der Hebel, an welchem zur Erreichung dieses Fernzieles angesetzt wurde, ist die Jugend. Die älteren Jahrgänge dagegen hat man einfach abgeschrieben: man terrorisiert sie, aber man erzieht sie kaum. Die sowjetische Gesellschaft wird also von unten her, von der Jugend her, systematisch aufgebaut, und man kann damit rechnen, daß dieses Experiment in etwa weiteren fünf Jahren als gelungen wird bezeichnet werden können. Denn bis dahin sind die jungen Kaders und die Moskowiter in alle irgendwie bedeutsamen Stellen eingeschoben. Hier liegt die größte Gefahr für die Zukunft der Ostzone (und im selben Maße gilt das auch für die andern Länder hinter dem Eisernen Vorhang), und aus dieser Einsicht geht zwangsläufig hervor, daß vor diesem Zeitpunkt etwas geschehen muß, wenn man überhaupt noch je etwas unternehmen will zur Befreiung dieser Gebiete vom Totalitarismus. Der Jugend wird schon heute ein für westliche Maßstäbe schwer vorstellbarer Einfluß auf allen Gebieten eingeräumt. Bürgermeister von Großstädten und Universitätsprofessoren, die nicht 25 Jahre alt sind, gehören mit zum Bild der Sowjetisierung. Wesentliche Faktoren der jugendlichen Psyche werden in geschickter Weise in der Erziehung angesprochen: Führungs- und Geltingsbedürfnis, Oppositionsgeist, Lust an Sensation, Demonstration und schließlich Kriegsspiel. Es bleibt hier eigentlich nur eine Hoffnung: daß der ständige Druck auf alles selbständige Denken schließlich selbst beim Jugendlichen einen Gegendruck auslöst und sich aus inneren menschlichen Notwendigkeiten der Drang zu kritischem und schöpferischem Denken letztlich wieder meldet. Anzeichen für eine solche Entwicklung sind schon da. Bevor aber das furchtbare Experiment am lebenden Objekt abgeschlossen sein wird, muß jegliche Prognose in dieser Richtung von der Auffassung abhängen, die man vom Wesen des Menschen hat.

Dagegen kann ein anderer Versuch gesellschaftlicher Umgestaltung schon jetzt als gescheitert betrachtet werden: der Versuch der Sowjetisierung der Frau. Unter dem Schlagwort der Herstellung der vollen Gleichberechtigung der Frau ging man daran, die Frau ihrer eigentlichen Aufgabe in der vernünftigen menschlichen Gesellschaft zu entfremden. Sie sollte nicht mehr Seele der Familie sein; denn die Kindererziehung übernahm ja der Staat. Sie sollte nicht mehr Lebensgefährtin des Mannes sein; alles Patriarchalische sollte verschwinden. Alle Hemmnisse sollten nun fallen, um auch der Frau volle Entfaltung der Kräfte zu ermöglichen. Was verbarg sich in der Tat hinter dieser großsprecherisch angekündigten Emanzipation der Frau? Nichts anderes als der Versuch, auch die Frau, gleich dem männlichen Sowjetmenschen, auf die Stufe eines seelenlosen Arbeitstieres herabzudrücken! Dieses unerhörte Unterfangen wagte Grotewohl

«Magna Charta der Frauen»

zu nennen! Aber auch hier, wie überall im sowjetischen Jargon, verbirgt sich hinter dem volltönenden Begriff sein gerades Gegenteil. Die Gleichstellung der Frau bedeutet nichts anderes als daß sie zu sämtlichen in zivilisierten Ländern nur Männern vorbehaltenen Arbeiten auch herangezogen werden soll. In der Tat befinden sich bereits Zehntausende, wenn nicht gar schon Hunderttausende von Frauen in der Schwerindustrie, im Straßen- und Eisenbahnbau, ja sogar im Bergbau.

Gescheitert ist die Sowjetisierung der Frau insofern, als sie sich nicht hat politisieren lassen. Ob es gelingt, die furchtbaren Folgen der «Magna Charta der Frau» auf der sozialen Ebene aufzuhalten, wird die zukünftige Entwicklung erweisen.

Die Stellung des männlichen Arbeiters im Sowjetsystem ist zu bekannt, als daß hier darauf eingegangen werden müßte. Der ostdeutsche Arbeiter ist schon weitgehend wie seine noch östlicheren Kollegen zum Staatssklaven geworden. Der Staat bestimmt Lohn und Leistung. Alle gewerkschafts- und sozialpolitischen Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung sind dahingefallen. Die Einrichtung der Aktivisten peitscht die Arbeiter zu immer höheren «Normalleistungen» auf, wozu dann noch die unbezahlten Sonderschichten kommen.

Der Vernichtungskampf gegen die privatwirtschaftlichen Betriebe geht unvermindert weiter. Schlagartig, ja überfallartig werden jeweils eine Reihe von Betrieben durch den Staat übernommen. Eines Morgens findet der Inhaber einfach Staatsbeauftragte vor seinem Geschäft: er muß dann das Geschäft unverzüglich übergeben und wird sofort ohne Entschädigung an die Luft gesetzt. Dies ist die gebräuchlichste Form der Enteignung, seitdem man sich gar nicht mehr die Mühe nimmt, die zu enteignenden Betriebsinhaber in Schauprozessen zu erledigen.

Auf allen Sektoren des wirtschaftlichen Lebens wirkt sich die sowjetische Planwirtschaft katastrophal aus.

In der Landwirtschaft

brachte die Einführung sowjetischer Methoden einen empfindlichen Produktionsrückgang. Die Bodenreform wurde überstürzt und einseitig politisch durchgeführt. Sie war eigentlich nur eine Landverteilung; denn von ungefähr 200 000 Neubauern hatten etwa 150 000 nicht einmal Wohngebäude, geschweige denn Stall und Scheune. Zum Mangel an landwirtschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen bei vielen dieser Neubauern tritt ein empfindlicher Mangel an landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen. In der sowjetischen Landwirtschaft ist die Ablieferung der Produkte oberstes Gesetz. Sie wird in ihrem Umfang festgesetzt unabhängig von dem Ergebnis der Ernte und anderen unberechenbaren Einflüssen. Mißernte bildet für den Bauern keine Entschuldigung; notfalls muß er eben auch die Produkte für seinen Eigenbedarf, ja sogar das Saatgut abliefern! Ein Getreidesoll von 28 Doppelzentnern je Hektare und ein Kartoffelsoll von 150 Doppelzentnern je Hektare sind keine Seltenheiten. Die sog. landwirtschaftlichen Genossenschaften sind nicht etwa bauern-eigene Handelsgesellschaften, sondern vielmehr nur verlängerte Arme der SED.

Ähnlich trübe ist die Bilanz im Verkehrssektor. Die Überanstrengungen von Maschinenpark und Geleiseanlagen bei der ostzonalen

Eisenbahn

haben einen kritischen Höhepunkt erreicht. Die ohnehin überlastete Transportorganisation der Eisenbahn hat ja — und zwar vordringlich — immer noch ungeheure Reparationsaufträge zu erfüllen. Auch die Neubauten an Wagen und Lokomotiven gehen zum großen Teil auf Reparationskonto. Man muß zudem bedenken, daß sozusagen das gesamte ostdeutsche Schienennetz eingleisig ist, sogar auf den wichtig-

sten Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen. Von den 6000 km Schienen, die von den Russen nach 1945 demontiert wurden, konnte nichts neugebaut werden, da weder Schienen noch Schwellen freigegeben wurden. Für diesen katastrophalen Zustand mußte — wie immer im sowjetischen System — ein Sündenbock gefunden werden: man fand ihn in der Person des bisherigen Generaldirektors der ostzonalen Reichsbahn, der jetzt einem Schauprozeß entgegenseht.

Daß die deutsche Ostzone unter gestrenger russischer Kontrolle in hohem Maße wieder

militärisch

aufrüstet, ist auch kein Geheimnis mehr. Die Existenz einer «Volksarmee» mit sämtlichen Wehrmachtsteilen ist unbestritten; nur über die Zahl der verfügbaren Truppen herrscht noch Unsicherheit. Daß diese Bürgerkriegsarmee für eine ähnliche Aufgabe vorbereitet wird wie die Nordkoreaner, ist über alle Zweifel erhaben. Wann sie eingesetzt wird, hängt wohl in erster Linie von der Festigkeit und Wachsamkeit der westlichen Alliierten ab.

Auch die Rüstungsproduktion läuft auf vollen Touren, wenn das meiste natürlich auch an die Russen geht. In der Sowjetzone werden in Dutzenden von Rüstungsfabriken unter anderem hergestellt: Munition, Handfeuerwaffen, Sprengstoffe, Granaten aller Kaliber, Panzerwagen (unter anderem der verbesserte Stalinpanzer), Militärautos, Meldegeräte und Radarausrüstungen, Turbinenjäger und Flugzeugmotoren, ja sogar V-Waffen. Auf den Werften werden Marinefahrzeuge gebaut. Große Teile dieser enormen Rüstungsproduktion werden im Gebiet der Ostzone eingelagert und für allfällige militärische Operationen der Russen bereitgehalten. Solche Rüstungslager befinden sich z. B. bei Zossen, bei Krugau, bei Forst Lehnin und im Thüringer Wald. Erst auf dem Hintergrund dieser Tatsachen wird so recht offenbar, wie scheinheilig die Entrüstung und Empörung der Sowjets über den angeblichen Bruch des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte ist. Woher allein «Bedrohungen des Friedens» kommen können, ist jedem Menschen in der Ostzone klar, falls er noch einen Rest kritischen Denkens sich bewahren konnte.

Militärische Umschau

Lehren des koreanischen Krieges

In der schweizerischen Presse sind in den letzten Wochen verschiedene längere Betrachtungen über Lehren aus dem koreanischen Krieg veröffentlicht worden. Wir erwähnen die Artikelfolge von Walter Boßhard in der N.Z.Z., den Aufsatz Koreaerfahrungen in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift» und die Ausführungen im «Bund», die von der Ansicht ausgingen, der Krieg in Korea sei bereits mehr oder weniger beendet¹⁾.

Es dürfte für den Leser von Interesse sein, nun auch eine Zusammenfassung direkter, von bestorientierter Seite stammender Mitteilungen aus den U.S.A. kennen zu lernen:

Man kann aus dem koreanischen Krieg militärische Lehren ziehen, muß aber dabei mit äußerster Vorsicht vorgehen, damit sie nicht überbetont werden. Die Nei-

¹⁾ Vergl. N.Z.Z., Nr. 2504, 2523, 2558; ASMZ, Novemberheft, S. 771 u. ff.; Bund, Nr. 554, 555, 556.

gung machte sich bemerkbar, die militärischen Vorbereitungen der letzten paar Jahre abschätzigen zu beurteilen, besonders dann, wenn sich der Kampf zu Ungunsten der Vereinten Nationen wendete. Gleichzeitig wurden dem kommunistischen Gegner in militärischer Hinsicht größere Verdienste zugestanden, als ihm gebührte; auch wurde der Ruf laut nach drastischen Änderungen in der Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten und der westlichen Welt. All' dies ist Unsinn. Als erste Lehre muß die Tatsache hervorgehoben werden, daß es unheilvoll wäre, den Erfordernissen der besonderen Kampfweise in Korea zu viel Beachtung zu schenken.

Um mit den amerikanischen militärischen Führern zu reden, ist der koreanische Krieg beinahe eine Wiederholung jener Art Feldzüge, die vor 75 Jahren auf den Ebenen des amerikanischen Westens gegen die Indianer geführt wurden. Die genannten Offiziere wissen natürlich, daß dieser Vergleich eine Übertreibung darstellt, verwenden aber dieses Bild, um zu unterstreichen, wie sinnlos es ist, aus diesem Feldzug zu viel lernen zu wollen.

In den Vereinigten Staaten prallen die Ansichten über das Problem der intensiven Luftunterstützung der Erdtruppen heftig aufeinander. Es ist behauptet worden, die amerikanische taktische Luftwaffe habe den Erdtruppen ungenügenden Schutz geboten, die Düsenjägerbomber seien zu schnell, um gut manövrieren zu können, und deshalb sei eine langsamere Maschine mit gewöhnlichem Motor dringend nötig. Als aber in den ersten Kriegstagen die Luftwaffe einige Maschinen aus dem zweiten Weltkrieg an die Front schickte, wurde dies als Eingeständnis aufgefaßt, die neueren Typen würden nichts taugen. Das war aber nicht wahr. Tatsächlich haben sich die neuen amerikanischen Düsenjägerbomber glänzend bewährt. Solange Landungsplätze in Südkorea fehlten, war es wünschenswert gewesen, die mit Motoren für einen größeren Aktionsradius ausgerüsteten Flugzeuge einzusetzen, die von Japan aus operieren konnten, und doch noch während längerer Zeit über der Kampfzone auszuhalten vermochten. Ihre Verwendung war aber nur möglich, weil sich überhaupt keine feindliche Luftwaffe zeigte.

Vor allem das Fehlen eines Gegners in der Luft kann als Erklärung für viele Ereignisse dienen. Wenn der Konflikt sich erweitern sollte, können die U.S.A. nicht hoffen, wieder so sehr vom Glück begünstigt zu werden. Vielmehr werden sie dann gegen die größte aktive Luftpumpe der Welt zu kämpfen haben. Der Jägerbomber wird in einem solchen Krieg imstande sein müssen, sich in der Luft gegen kampftüchtige Gegner zu behaupten. Das aber erfordert den Einsatz von Düsenmaschinen mit einer Geschwindigkeit von 800 bis 960 Stundenkilometern.

Es gibt noch andere Faktoren, die das Ausmaß der aus dem Koreakrieg zu ziehenden Lehren beschränken. Erstens ist das Terrain kaum typisch für jene Gebiete, in denen voraussichtlich ein dritter Weltkrieg ausgefochten würde. Sodann ist der Krieg auch insofern ungewöhnlich, als die Kampfzone isoliert gelegen ist wie der Ring bei einem Boxkampf und die Nachschubbasen — die Mandschurei und Japan — gegen Angriffe merkwürdig immun zu sein scheinen. Schließlich hat bis jetzt, abgesehen von Minenlegen in gewissem Umfang, noch kein richtiger, die Nachschublinien gefährdender Seekrieg eingesetzt. Offensichtlich tragen alle diese Faktoren dazu bei, den Koreafeldzug zu einem eigenartigen Unternehmen zu stempeln.

Trotz dem Gesagten ist es möglich, eine Anzahl von *Schlüssefolgerungen* zu erwähnen, die von den höchsten militärischen Stellen in Washington gezogen worden sind. Sie sollen hier nach verschiedenen Richtungen untersucht werden:

Die taktische Luftwaffe

Wenn auch hinsichtlich Ausrüstung und Personal wenig zu bemängeln ist, hat es sich doch klar gezeigt, daß eine engere operative Verbindung zwischen Luft und Erde notwendig ist. Die verschiedenen amerikanischen Marine-

einheiten in Korea haben die Auswirkung einer engen Zusammenarbeit klar bewiesen und Armee und Luftwaffe werden es sich nicht nehmen lassen, eine mindestens so gute, wenn nicht bessere Zusammenarbeit zustande zu bringen. Überdies wird ein wirkungsvolleres Verbindungssystem zwischen Luft und Erde benötigt, so daß die die Erdtruppen unterstützende Luftwaffe ihre Ziele rascher und sicherer anfliegen kann. Neue technische Ausbildungsmethoden dürften sich auf Grund der Kriegserfahrung entwickeln. Ferner wird in Zukunft den Erdtruppenkommandanten eine schärfere Kontrolle über die sie unterstützende taktische Luftwaffe zugestanden werden müssen.

Die Tanks

Der neue mittelschwere Tank hat sich bewährt. Bei jedem Zusammenstoß mit russischen T-34 Tanks gingen die amerikanischen als Sieger hervor. Die für Tankfragen zuständigen Stellen lassen es aber nicht dabei bewenden, sondern arbeiten an neuen Modellen, unter denen sich auch ein sehr schwerer Tank befindet.

Tankabwehrwaffen

Die 88,9 mm rückstoßfreie Panzerbüchse (Bazooka) hat einen gewaltigen Eindruck hinterlassen und wird in Zukunft eine wichtige Waffe der Erdtruppen sein. Man bildet gegenwärtig die Truppen viel intensiver und genauer aus in der wirksamen Handhabung dieser Waffe. Insbesondere werden neue Methoden der Infiltration feindlicher Tankformationen eingeübt. Der anfängliche Erfolg feindlicher Tanks hat die Entwicklung neuer Tankabwehrwaffen gewaltig beschleunigt. Hierüber wurde an dieser Stelle schon früher berichtet²⁾.

Guerillatätigkeit

Trotz der bereits erwähnten Tatsache, daß das Gelände in Korea demjenigen sehr unähnlich ist, auf dem die westlichen Alliierten einem kommunistischen Gegner voraussichtlich gegenüberstehen würden, kann man doch sehr viel von der von den Nordkoreanern und den Rotchinesen ausgeübten Kunst der Guerillakriegsführung lernen. Zwei Dinge müssen und werden jetzt bereits gelernt: Erstens müssen die Truppen in der tief gestaffelten Verteidigung ausgebildet werden, die sich als wirksames Mittel gegen feindliche Guerillainfiltration erwiesen hat. Sodann müssen die Infanterieeinheiten ihrerseits die Kunst der Infiltration in die feindlichen Linien lernen; dies wurde von den Einheiten der Vereinten Nationen bis jetzt viel zu selten praktiziert. Im Fort Benning sind bereits neue Stoßkompanien nach diesen besonderen Methoden ausgebildet worden. Einige dieser Mannschaften wurden bereits nach Korea entsandt. Man glaubt in Washington, daß sich diese Taktik als wertvoll erweisen wird, ganz gleichgültig, wo immer sich die militärischen Operationen der Zukunft abspielen werden.

Die Unterbindung des Nachschubs war eines der Hauptprobleme. Die Kommunisten gingen in kleinen Gruppen und hauptsächlich nachts vor und deshalb gelang es ihnen, den Nachschub trotz den heldenhaften Anstrengungen der Luftwaffe der Vereinten Nationen bis zu den vordersten Linien zu bringen. Wie dieser Tatsache begegnet werden soll, ist heute noch ganz unklar; man schenkt aber diesem Problem die allergrößte Beachtung.

²⁾ Vergl. Septemberheft 1950, S. 377 u. ff.

Keine einzige der angeführten Tatsachen, auch nicht die Rückschläge, die hingenommen werden mußten, seitdem die chinesischen Kommunisten eingegriffen haben, sollten den Eindruck erwecken, daß die Waffen der Alliierten in irgend einer Beziehung den Anforderungen nicht entsprochen hätten. Sie haben sich bewährt. Man darf nicht vergessen, daß in Südkorea ein Küstenstrich unter scheinbar unmöglichen Bedingungen gehalten wurde, und daß sich aus einem Durcheinander von Soldaten und Waffen eine Macht der Vereinten Nationen entwickelte, die die glänzende Leistung bei Inchon vollbrachte. Weitere Erfolge wurden erst dann vereitelt, als die Chinesen ihren nordkoreanischen Freunden zu Hilfe kamen.

Die meisten militärischen Führer der alliierten Truppen — ganz bestimmt aber jene in Washington — sind schon lange der Ansicht, daß die koreanische Halbinsel eine unmögliche strategische Lage schuf und daß es sich in einem größeren Konflikt nicht lohnen würde, Truppen dorthin zu entsenden. Daß sich die alliierten Kampftruppen bis vor kurzem so gut bewährt haben, bleibt trotz allen Rückschlägen eine bemerkenswerte Tatsache.

Gespräche mit militärischen Führern zeigen deren feste Entschlossenheit, sich nicht von der überragenden Bedeutung des westeuropäischen Territoriums ablenken zu lassen. Sie lehnen es ab, sich von jenen Leuten beeinflussen zu lassen, die verlangen, daß die Defensivvorbereitungen auf Grund der Erfahrungen in Korea radikal geändert werden. Sie wollen auch weiterhin ihr Augenmerk auf das Grundproblem richten: *die Verteidigung der westlichen Welt, ganz besonders Westeuropas*. Sie glauben, daß jedes andere Vorgehen den Machthabern im Kreml zugute käme. Moskau würde nichts lieber sehen als die Vorbereitung der Westmächte auf eine Art Kriegsführung nach koreanischem Muster. Daß die maßgebenden militärischen Führer der freien Völker ein Gefühl für ihre Werte und Möglichkeiten bewahren, ist einer der Lichtblicke in einer im übrigen stets düsterer werdenden Lage.

Miles

Les peuples qui négligent leur propre défense sont les victimes désignées des invasions.

Giuseppe Motta